

gegen Agrarfreihandel | gegen mehr administrativen Aufwand | für eine produzierende Landwirtschaft

Bangerten, 14.04.2015

Sekretariat VPL | Zuzwilstrasse 4 | 3256 Bangerten
schriftgutverwaltung@blw.admin.ch
Bundesamt für Landwirtschaft BLW
Mattenhofstrasse 5
3003 Bern

Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit» Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen des Vereins für eine produzierende Landwirtschaft (VPL) danken wir für die Möglichkeit, zum bundesrätlichen Gegenentwurf zur Ernährungssicherheitsinitiative eine Stellungnahme einzureichen. In der Sache selbst führen wir wie folgt aus:

I. Allgemeine Haltung des VPL

Der VPL lehnt den direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative „Für Ernährungssicherheit“ (Ernährungssicherheitsinitiative) klar ab. Dieser nimmt die tatsächlichen Probleme in der Landwirtschaft und die materiellen Ziele der Ernährungssicherheitsinitiative nicht wahr und ebnet den Weg für weitere Importe aus dem Ausland. Es scheint, dass der Bundesrat keine günstigen Rahmenbedingungen für eine einheimisch produzierende Landwirtschaft schaffen will, sondern den nach wie vor andauernden Strukturwandel noch beschleunigen will.

gegen Agrarfreihandel | gegen mehr administrativen Aufwand | für eine produzierende Landwirtschaft

II. Grundsätzliche Bemerkungen

Die aktuellen Probleme werden nicht erkannt.

Im 25-seitigen erläuternden Bericht des Bundesrates zum Gegenentwurf zur eidgenössischen Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit» werden die aktuellen und grossen Probleme in der Landwirtschaft nicht aufgenommen. Zum Bauernsterben, der extrem hohen Belastung vieler Betriebsleiter und Bauernfamilien, den schwierigen Finanzsituationen und den zunehmenden sozialen Problemen äussert sich der Bundesrat nicht. So werden heute lieber Direktzahlungen für Steinhäufen, Hausgärten oder Holzbrunnen ausbezahlt, als die unter den heutigen Ausführungsbestimmungen finanziell leidenden produzierenden Landwirte zu unterstützen. Es scheint fast, dass der Bundesrat keine guten Rahmenbedingungen für eine einheimische, produzierende Landwirtschaft schaffen will, sondern den Schrumpfungsprozess aktiv unterstützt. Seit dem Jahr 2000 sind in der Schweiz weitere 15'000 Landwirtschaftsbetriebe verschwunden und über 40'000 Arbeitsplätze aufgegeben worden.

Die Ernährungssicherheitsinitiative ist das Folgeprojekt des gescheiterten Referendums

Der Bundesrat erkennt nicht, warum die Ernährungssicherheitsinitiative ausgearbeitet und lanciert worden ist. Diese ist das direkte Folgeprojekt des gescheiterten Referendums gegen die AP 2014 - 2017. Die Ernährungssicherheitsinitiative bekämpft die AP 2014 - 2017 und will deren jetzt immer deutlicher sichtbaren gravierenden Folgen korrigieren. Der Bundesrat befasst sich auch nicht mit den durch das neue Direktzahlungssystem gesetzlich angeordneten grossen finanziellen Ausfällen für viele Betriebe. Dies alles wird unseres Erachtens ausgeblendet.

Der Gegenentwurf ist ein trojanisches Pferd

Im Gegenentwurf werden keine Argumente aufgezählt, die gegen die Ernährungssicherheitsinitiative sprechen. Es werden auch keine zwingenden Gründe genannt, warum ein Gegenvorschlag notwendig ist. Mit dem Gegenentwurf wird von der Hauptstossrichtung der Ernährungssicherheitsinitiative abgelenkt. Der Gegenentwurf ist ein trojanisches Pferd, und deshalb gefährlich. Der Inhalt der Ernährungssicherheitsinitiative wird nicht ernst genommen und deren Einreichung mit 150'000 Unterschriften in Ausübung eines Volksrechtes abgewertet.

Der Vorschlag des Bundesrates ist rechtlich kein Gegenentwurf

Der Gegenentwurf ist rechtlich kein direkter Gegenentwurf. Dieser befasst sich nicht mit der einheimischen, landwirtschaftlichen Produktion und deren Rahmenbedingungen, sondern mit der Landesversorgung in Krisensituationen. Deshalb soll der Gegenentwurf nicht den Landwirtschaftsartikel in BV 104, sondern den Landesversorgungsartikel in BV 102 ergänzen. In lit. a und lit. b des Gegenentwurfs werden Forderungen betreffend Schutz des Kulturlandes und bezüglich Nachhaltigkeit der Ernährungssicherheitsinitiative bloss wiederholt.

gegen Agrarfreihandel | gegen mehr administrativen Aufwand | für eine produzierende Landwirtschaft

Der Gegenentwurf verlangt das Gegenteil der Ernährungssicherheitsinitiative

In lit. c verlangt der Gegenentwurf eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft und in lit. d den Zugang zu den internationalen Agrarmärkten. Damit geht der Gegenentwurf des Bundesrates exakt in die gegenteilige Stossrichtung der Ernährungssicherheitsinitiative.

Der Gegenentwurf will eine internationale Arbeitsteilung, bei der die schweizerische Landwirtschaft nur eine untergeordnete Rolle spielt

Wenn verfassungsmässig der Zugang zu den internationalen Agrarmärkten und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Landwirtschaft verankert werden, bedeutet dies das Ende einer eigenständig produzierenden schweizerischen Landwirtschaft. Dies zeigt die Situation zum Beispiel auf dem Käse- und Milchmarkt überdeutlich. Bezeichnend ist auch, dass nicht mehr von Landwirtschaft, sondern von Unternehmen der Land- und Ernährungswirtschaft spricht. Man will eine internationale Arbeitsteilung, bei der die produzierende Landwirtschaft der Schweiz nur noch eine untergeordnete Rolle spielt. Deshalb will man den Agrarfreihandel mit der EU und mit möglichst vielen Drittstaaten.

Abschliessend ersuchen wir Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann, sehr geehrte Damen und Herren, um Berücksichtigung der vorstehenden Überlegungen.

Freundliche Grüsse



Nationalrat Rudolf Joder
Präsident



Vanessa J. Lincoln
Geschäftsführerin